Reproduced from poor material

Völkischer Beobachter

und Deutschwirtschaftszeitung

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag, Samstag. Bezugspreis: Jährlich 40 M., halbjährl. 20 M., vierteljährl. 10 M. Postscheckkonto München 11346. Einzelpreis 30 Pf.

Geschäftsstelle: Thierschstr. 15, Fernruf 20647. Geschäftszeit 8—4. Samstag 8—1 Uhr. — Sprechstunde der Geschäftsleitung 9—11 Uhr. Schriftleitung: Schellingstr. 41. Fernruf 20647. Sprechstunde Montag mit Freitag 4—5 Uhr.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Grundzeile für Geschäftsanzeigen ... M. 1.20, bei ... entsprechenden Nachlässen. Reklamezeile M. 5.—. Finanzanzeigen ... M. 1.20. Familienanzeigen 80 Pf. Kleine Anzeigen (Stellengesuche usw.) 70 Pf.

Süddeutscher Beobachter / Münchener Beobachter / Deutschvölkischer Beobachter

Nummer 44 — München, Donnerstag, den 13. Wonnemonat (Mai) 1920 — 34. Jahrgang

F. M. J. Kohn Archiv und Museum f. Zeitgeschichte

Die Judenfrage im bayerischen Landtag

Aus dem Inhalt.

Die Judenfrage im bayerischen Landtag.
So bringt man die Juden nicht hinaus.
Aufruf des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes Ortsgruppe Karlsruhe.
Die Lösung der Ostjudenfrage.
Salzburger Volksabstimmung über den Anschluß Österreichs an Deutschland.
Offener Brief an den Abgeordneten Ackermann.
Auch eine Wohnungszuweisung.

Die Judenfrage im bayerischen Landtag.

Die Ausführung des Herrn von Kahr.

Die Sozialdemokratische Fraktion hat anfangs Mai eine Interpellation über die Vorgänge vom 13. März, über die von der „Münchener Post" veröffentlichten Dokumente zur Gegenrevolution und über die Einwohnerwehr gebracht. Zu dieser Interpellation hat Herr von Kahr zunächst in der Sitzung vom 4. Mai Stellung genommen. Als dann in der Besprechung der sozialdemokratische Abgeordnete Ackermann auf die Fremdenverordnung der Regierung und auf die Politik des Herrn Polizeipräsidenten von Pöhner zu sprechen kam, gab dies Herrn von Kahr abermals Gelegenheit am 6. Mai in einer weiteren Rede zu antworten, um bei dieser Gelegenheit, im Anschluß an die Frage der Zeitungsverbote, über die Judenfrage sich auszusprechen.

In unserer letzten Nummer (39/43) haben wir bereits dargelegt, daß Herr von Kahr von den Aufgaben und Zielen der deutschvölkischen Bewegung keine Ahnung hat. Wir haben dies bemerkt im Anschluß an seine Ausführungen über „Judenhetze". Noch schlagender aber wird diese heutzutage geradezu gefährliche Unkenntnis des Ministerpräsidenten bewiesen durch das, was er über die Judenfrage selbst gesprochen hat. Nach dem Bericht der „Bayerischen Staatszeitung" in Nr. 106, Seite 3, hat er ausgeführt:

> In der Judenfrage steht die Staatsregierung in voller Übereinstimmung mit der vorausgegangenen Regierung auf dem Boden der Verfassung, die **jedem Staatsbürger ohne Ansehen der Person und des Glaubens** den staatlichen Schutz gewährt. Man darf sich aber nicht verhehlen, daß die antisemitische Bewegung in weite Kreise auch der Arbeiterschaft eingedrungen ist und daß im Hinblick auf bekannte Vorgänge auch in ruhig denkenden Kreisen ernste Besorgnisse bestehen. Ich möchte daher an die Angehörigen dieser Richtung eine ernste Mahnung zur Mäßigung richten. Was an der Bewegung berechtigt ist, kann auch ohne Rassenhetze erreicht werden.

Für die „ernste Mahnung zur Mäßigung" werden die Anhänger der deutschvölkischen Bewegung Herrn von Kahr recht wenig Dank wissen; denn seine Auslassungen waren nichts anderes als ein unbedingtes Bekenntnis zum Judenschutz. Dies muß in völkischen Kreisen erst recht Unruhe schaffen, beweisen sie doch schlagend, daß von Seiten der Regierung Kahr nie und nimmer irgendwelche ernste Maßnahmen gegen die Juden zu erwarten sind.

Die Stellungnahme der Parteien.

Daß die sozialdemokratische Partei den Schutz der Juden als einen Hauptprogrammpunkt aufgestellt hat, ist zu bekannt, als daß wir auf die Stellungnahme des sozialdemokratischen Landtagsvertreters noch einzugehen bräuchten. Von Bedeutung dagegen ist die Stellungnahme der deutschdemokratischen Partei. Herr Dr. Dirr hat nach dem Bericht der Staatszeitung ausgeführt;

> In der Judenfrage sei das zu unterstreichen, was der Ministerpräsident ausgeführt hat. Vielleicht werde er in Zukunft als Judenknecht verschrien, bloß weil er erklärt hat, daß auch diese Angelegenheit auf dem Boden der Verfassung und des Gesetzes zu bleiben hat und nicht in Rassenhetze ausarten darf.

Von den Demokraten konnte man nichts anderes erwarten; aber Herr Dr. Dirr hat ein wahres Wort ausgesprochen als er meinte: „Vielleicht wird Herr von Kahr in Zukunft als Judenknecht verschrien." Wenn man die Worte „vielleicht" und „in Zukunft" wegläßt, dann hat Herr Dr. Dirr tatsächlich den Nagel auf den Kopf getroffen.

Nach dem Bericht der Staatszeitung hat der Demokrat ferner ermahnt zur gemeinsamen Arbeit, zu gegenseitigem Verstehen und zur Versöhnung. Er hat auf das Wort **Fichtes** hingewiesen, daß uns die gegenseitigen Vorwürfe immer tiefer in den Augen des Auslandes herabsetzen.

Herr Dr. Dirr hat keine Ahnung davon, daß es sich in der Judenfrage nicht um **gegenseitiges** Verstehen und gegenseitige Vorwürfe handelt; denn gegenseitige Vorwürfe können sich in diesem Falle doch nur Angehörige desselben Volkes machen. Die Juden sind nun aber einmal keine Deutschen. Sie gehören nicht zu uns. Sie sind ein zersetzender Fremdkörper, der den gesamten Organismus des deutschen Volkes vergiftet. Wenn das deutsche Volk diesen Giftstoff auszuscheiden sich bemüht, wenn dies schließlich nicht ohne gewaltsame Erschütterungen möglich wird, so werden wir uns dadurch nie und nimmer in den Augen völkischdenkender Ausländer herabsetzen; möglicherweise allerdings bei solchen Ausländern, die ebenfalls unter jüdischer Knute stehen und Gesinnungsverwandte der Herren Dirr, Quidde usw. sind.

Ergebnis.

Das Endergebnis der drei Tage dauernden Aussprache ist im Hinblick auf die Judenfrage geradezu trostlos. Weder bei der Regierung noch bei den bisherigen Parteien hat der deutschvölkische Gedanke das geringste Verständnis gefunden. Nach wie vor wird die Regierung über die Juden schützend ihre Hand ausbreiten. Dadurch erwächst der deutschvölkischen Bewegung die ungeheuere Aufgabe, nach zwei Fronten zu gleicher Zeit kämpfen zu müssen: Gegen die Juden und gegen die Regierung. Diese Regierung Kahr fühlt sich genau wie die Regierung Hoffmann als Beauftragte des Judentums. Wenn eine Entscheidung erfochten werden soll, so kann es nur im Kampfe gegen diese Regierung geschehen. Solange die Regierung Kahr am Ruder ist, haben die Deutschvölkischen nicht die geringste Aussicht, ihre berechtigten Forderungen durchzusetzen. Das ganze Land erwartet seit dem 13. März energische Schritte gegen das Judentum. Es ist nichts geschehen. Statt dessen erklärt die maßgebende Persönlichkeit der bayerischen Regierung nach acht Wochen vergeblichen Hoffens, daß sie gar nicht daran denke, von den berechtigten Forderungen des bayerischen Volkes auch nur eine einzige zu erfüllen. Die Folgen werden auf diese Regierung zurückfallen.

Es ist nicht unsere Aufgabe, Parteipolitik zu treiben, doch wollen wir mindestens nicht übersehen, die Deutschvölkischen daran zu erinnern, daß es eine neue Parteirichtung gibt, die den Antisemitismus auf ihre Fahne geschrieben haben, insbesondere die Nationalsozialistische Arbeiterpartei. r.

So bringt man die Juden nicht hinaus.

Als Herr von Kahr Mitte März in einer Ansprache sich gegen die Überfremdung Bayerns aussprach, haben sogar einige weltfremde Idealisten aus deutschvölkischen Kreisen geglaubt, daß von Seite dieses Herrn irgendwelche Schritte zur Beseitigung der Judenplage unternommen würden. Als dann Ende März vom gesamten Ministerium des Freistaats Bayern eine Anordnung über Zuzug und Aufenthalt von Ausländern erlassen wurde, ist dies sogar in deutschvölkischen Kreisen als ein erster Schritt zur Schaffung geordneter Zustände begrüßt worden. Wir haben diese Verordnung in Nr. 27 vom 3. April abgedruckt.

Allerdings waren wir damals das einzige Blatt, das sofort gegen die Verordnung des gesamten Ministeriums und **gegen** die im Anschluß daran erlassene Aufforderung des Herrn **von Pöhner** Stellung genommen hat. Wir haben damals dem Herrn **von Kahr** nebst seinem Ministerium, sowie auch Herrn **von Pöhner** den guten Willen unterstellt, etwas Ernstlicheres in der Ostjudenfrage zu tun. Wir bemerkten damals: „Bis zum Beweis des Gegenteils wollen wir nicht unterstellen, daß sie die Verordnung nur deshalb erließen, damit den Deutschvölkischen Sand in die Augen gestreut würde und diese weiterhin nicht mehr der geruhsamen Arbeit der Behörden in unziemlicher Weise entgegenträten."

Diese unsere Äußerungen haben damals bei manchem unserer Freunde Kopfschütteln erregt, und von unseren Gegnern wurden sie als Ausfluß verbrecherischer Judenhetze hingestellt. Wir haben uns nicht irre machen lassen. In den Nr. 29 und 31 haben wir, ebenso wie in der bereits erwähnten Nr. 27, immer wieder darauf hingewiesen, daß es sich bei den obengenannten Verordnungen um Irrtümer schlimmster Art handle: das ganze bayerische Volk wollte haben, daß gegen die Juden vorgegangen wird — Herr von Kahr samt Herrn von Pöhner dreht die Sache um und erläßt eine Verordnung — gegen Ausländer.

Daß diese Verordnung nicht das Geringste taugte, liegt ja auf der Hand. Diese von uns von Anfang an vertretene Überzeugung wird jetzt amtlich bestätigt durch folgende Nachricht der „Bayerischen Staatszeitung":

> **Ausweisung lästiger Ausländer.** Die demokratische Fraktion hat beim Stadtrat angefragt, welches Ergebnis die von der Staatsregierung eingeleitete und vornehmlich für die Freimachung von Wohngelegenheiten für die einheimische Bevölkerung bestimmte Aktion der Ausweisung lästiger Ausländer gehabt hat. Der Referent RR. Dr. Helmreich gab hier bekannt, daß die Polizeidirektion bisher die Adressen von 331 Ausgewiesenen übergab. Die Hauptschwierigkeit, die Leute von hier wegzubringen, ist die, daß sich für jeden Ausländer eine Fürsprache findet, daß gerade der und jener Ausländer und somit fast alle noch nicht ausgewiesen werden sollen. **Ganz München verlangt die Ausweisung der Ausländer**, wenn aber die Behörden zugreifen wollen, wird fast immer gerade der Ausländer, der weggewiesen werden soll, reklamiert. Selbst Staatsbehörden versuchen die Anordnung der Polizeidirektion hinfällig zu machen. Von den rund 22 000 hier befindlichen Ausländern seien ⅔ Deutschösterreicher, denen gegenüber ein gewisses Entgegenkommen gezeigt werden müsse, nachdem alle Parteien für den Anschluß Deutschösterreichs eintreten. Wenn man sich aber entschlossen hat, diese Verordnung auf Deutschösterreicher nicht anzuwenden, habe es keinen Wert mehr. **Es frage sich, ob es nicht besser gewesen wäre, eine Verordnung nicht herauszugeben, wenn sie praktisch nicht durchgeführt werden kann.**

Diese Erklärung des Herrn Rechtsrates **Helmreich** leidet an einem grundsätzlichen Irrtum. Er behauptet: „Ganz München verlangt die Ausweisung der Ausländer." Diese Behauptung ist so falsch, wie nur irgend etwas. Die Bevölkerung Münchens verlangt nicht die Ausweisung der Deutschösterreicher, sondern sie verlangt die Ausweisung der Semiten, der Juden.

Herr von Pöhner mag sich die liebenswürdige Äußerung des städtischen Rechtsrates hinter den Spiegel stecken. Sie hat uns unverhohlen Freude gemacht. Nicht etwa deshalb, weil Schadenfreude die reinste Freude sein soll, sondern weil die Richtigkeit unserer seit Anfang April konsequent vertretenen Auffassung nunmehr eine amtliche Bestätigung gefunden hat.

Aufruf
des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes Ortsgruppe Karlsruhe.

Was sind wir?

Der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund ist eine Vereinigung von Männern und Frauen „deutscher Abstammung", die ohne Rücksicht auf Parteiangehörigkeit zur tatkräftigen Arbeit am Wiederaufbau unseres Vaterlandes und zur Gesundung unseres völkischen und sittlichen Empfindens beitragen. Unser Name sagt alles: Schutz allem deutschen, echten bodenständigen Leben, aller völkischen Arbeit, und Trutz allem undeutschen, zersetzenden Scheinwesen, das niederzieht und das völkische Leben verflacht.

Wir lehnen jede Herrschaft einer volks- und landfremden Minderheit ab. Ist es nur Zufall, daß der Aufstieg des Judentums und der Niedergang des Deutschtums zeitlich zusammenfällt, daß Wucher und Zersetzung des gesunden Geistes des Volkes Hand in Hand gehen? Waren nicht Juden vielfach geschäftig, die Instinkte des Volkes zu verwirren?

Wir wollen keine Judenhetze. Aber wir wollen wissen, warum alles in Deutschland kritisch besprochen werden darf, nur nicht das Judentum, warum eine Schicht von Staatsbürgern weit mehr Einfluß besitzen soll, als ihrer Kopfzahl entspricht, und wir wollen wissen, welchen Anteil die Juden an dem Niedergang des Deutschtums haben.

Unsere Forderungen sind:

1. Eine Regierung von charakterfesten, unbestechlichen und für ihr Amt befähigten Männern deutscher Abstammung.

2. Ausweisung aller seit dem 1. August 1914 eingewanderten Ausländer, insbesondere der Ostjuden.

3. Auflösung sämtlicher Kriegsgesellschaften.

4. Rücksichtsloses Vorgehen gegen Wucher und Schieber. Einziehung des gesamten hieraus gewonnenen Vermögens.

5. Maßregeln gegen die planmäßige Verseuchung des deutschen Volkes durch die jüdisch beeinflußte Presse, sowie des jüdischen Einflusses in der Volksverwaltung, Volksvertretung, Rechtspflege, Unterrichtswesen, Presse, im gesamten öffentlichen Leben, insbesondere auch in den Einkaufszentralen.

6. Sicherstellung und Gleichberechtigung aller in der Lebensmittelversorgung.

7. Staatliche Beaufsichtigung des gesamten Bankwesens.

Ist dies Judenhetze?

Nein, es ist der Ausdruck eines wahrhaft deutschen Empfindens, in dem allein unser Volk glücklich werden kann.

Wer diese Forderungen anerkennt, gehört zum Deutschen Schutz- und Trutzbund. Wir fordern hiermit zum Beitritt auf.

Meldungen: Postlagerkarte 56 Karlsruhe.

Der Vorstand.

Die Lösung der Ostjudenfrage.

So lautete das Thema, das sich der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund, Ortsgruppe Nürnberg, für seinen Vortragsabend am 30. April im Beckengartensaal gestellt hatte. Daß die Entfernung der Ostjuden aus unserem ohnehin schwer heimgesuchten Vaterlande nicht nur eine Selbstverständlichkeit, sondern eine unabweisbare Notwendigkeit ist, wenn nicht unser darbendes Volk ganz verelenden soll, bewies der überaus zahlreiche Besuch und die oft leidenschaftliche Zustimmung der Versammlung zu den Ausführungen des Redners, Herrn Rechtsanwalt Rutz aus München, der in letzter Stunde für den am Kommen verhinderten Herrn Dr. Rohmeder eingesprungen war.

Der Vorsitzende erfüllte zunächst eine Ehrenpflicht, indem er daran erinnerte, daß sich am 30. April der Münchener Schreckenstag jährt, an dem im Luitpoldgymnasium die der Thule-Gesellschaft angehörenden Mitglieder als Geiseln unter lügnerischen Vorwänden unschuldig hingemordet wurden; sie waren keine Reaktionäre, sondern treue, um ihr zerfetztes Vaterland besorgte Deutsche, wodurch sie den Haß der sich damals als Diktatoren gebärdenden Leviné-Nissen, Levien, Toller u. Kons. erregten. Auf Veranlassung des Vorsitzenden erhob sich zum Zeichen stillen Gedenkens die ganze Versammlung von ihren Sitzen, was ergreifend wirkte und die Ahnung in manchen Herzen aufdämmern ließ, daß es doch wieder aufwärts mit uns gehe und die deutsche Treue kein leerer Wahn ist.

Der Redner ging dann von dem Grundgedanken Ben Akibas, daß alles schon einmal dagewesen sei und sich im Leben immer wieder wiederhole, aus, und entrollte in logisch scharfer Beweisführung, wie die Juden arm, gebückt, als angeblich Verfolgte zuerst ins Land gekommen seien und es zunächst verstanden hätten, das Mitleid des gutmütigen deutschen Wirtsvolkes zu erregen, um dann allerhand Dienste zu leisten, die ihnen Brot verschufen. Als dann den Juden erlaubt wurde, Zins zu nehmen, was damals bekanntlich noch als eine Schande galt, erkannten sie auf Grund ihrer alten Geschichte viel früher als ihre Wirtsvölker, die Macht des Zinses, auf der sie heute ihre Herrschaft als Leihkapitalisten errichtet und fast den gesamten Handel in ihre Hände bekommen haben. So seufzen denn heute alle Völker, zumal aber wegen des verlorenen Krieges unser deutsches Volk, unter der Zinsknechtschaft und sehen in dem Juden, dem die Anhäufung des Geldes durch Schacher und Handel Lebenszweck ist, ihren Bedrücker. So wurde die kurzsichtige Großmut der Wirtsvölker, die den Juden auf Kosten jener gestattete, ihre Ersparnisse durch Zins zu vermehren, zum Unglück auch für uns. Redner kam dann an Hand vieler Beispiele darauf zu sprechen, wie sich die Juden namentlich während des Krieges bereichert haben, während unsere heldenmütig kämpfenden Brüder keine Ahnung hatten, was hinter ihrem Rücken vorging; scharfe Worte fand er aber auch für die [illegible] Juden, die diesen üblen Beispiele erlagen. Er hob aber hervor, daß sich Juden da und dort tapfer gegen den Feind erwiesen hätten, doch Ausnahmen seien eben keine Regel; es müsse immer und immer wieder gesagt werden, daß sich die meisten Juden von den Kämpfen an der Front gedrückt haben; das wüßten die Frontsoldaten am besten und außerdem liegt darüber bereits statistisches Material in Fülle vor.

Es verbietet der Raum, auf die eindrucksvolle Rede in allen ihren Einzelheiten einzugehen. Was die Ostjudenfrage betrifft, so erachtete es der Redner als selbstverständlich, daß diese nur durch die restlose Ausweisung aller seit August 1914 eingewanderten Ostjuden gelöst werden kann, weil dies bei unseren schreienden Ernährungs- und Wohnungsmißständen eine Lebensnotwendigkeit ist und wir uns als bodenständiges Wirtsvolk in der Abwehr gegenüber diesen Fremdlingen befinden, die uns nur Ungeziefer, ansteckende Krankheiten u. dgl. gebracht und das Volk mit ihren bolschewistischen Wahnideen, hinter denen der Gedanke der jüdischen Weltherrschaft sich verbirgt, verseuchten. Wenn die Regierung dem immer einmütiger werdenden Volkswillen nicht nachkommen sollte, dann muß eben die Selbsthilfe an ihre Stelle treten, unter dessen Zwange der Regierung schließlich nichts anderes übrig bleiben wird, als nachzugeben. Es wurde unter allseitiger Zustimmung — keine einzige Stimme entschied sich dagegen — die folgende Resolution angenommen:

Mit einer Lammsgeduld, wie sie nur das vielgequälte deutsche Volk besitzt, hat es seit 1914 der immer dreister zunehmenden und von den inländischen Juden begünstigten Einwanderung der Ostjuden zugesehen. Die deutsche Reichsregierung hat die Pflicht, unverzüglich einzugreifen. Bisher sah sie willenlos zu, wie diese Fremdlinge das deutsche Volk mit bolschewistischen Wahnideen verseuchten, die notwendigsten Nahrungsmittel, deutsches Gold und Silber aus dem Lande verschoben und als Wucherer und Schieber reich wurden. Viele unserer Brüder, die dem Feinde auf dem Schlachtfelde heldenmütig die Stirne boten, sind wirtschaftlich vernichtet: Sie müssen in Baracken, Kasernen und feuchten Löchern ihre Gesundheit gefährden, während die Juden als Bevorrechtigte in deutschen Landen in sonnigen und schönen Zimmern wohnen.

Die bisherigen Maßnahmen der preußischen und bayerischen Regierungen gegenüber diesem schreienden Unrecht an deutschen Volksgenossen sind völlig ungenügend. Die bayerische Regierung hat zwar am 20. März 1920 eine Verordnung erlassen, daß alle Ausländer binnen fünf Tagen in ihre Heimat zurückzukehren hätten. Dieser Erlaß wurde aber von den Vollzugsorganen vielfach mißverstanden und gerade nicht gegen die Ostjuden angewendet. Vielmehr wurden unsere deutschen Brüder, die Deutschösterreicher und viele Reichsangehörige unnötig belästigt.

Wir fordern von der bayerischen Regierung, daß sie sich sofort mit der Reichsregierung und der preußischen Regierung zwecks gemeinschaftlicher Maßnahmen gegen die Ostjuden ins Benehmen setze. Jede weitere Einwanderung ist mit allen Mitteln zu verhindern, alle seit dem 1. August 1914 eingewanderten Ostjuden sind aus den deutschen Landen zwangsweise und beschleunigt zu entfernen, wenn nötig unter Aufgebot der Mithilfe der bewaffneten Macht.

Die bayerische Regierung wolle unverzüglich durch geeignete Vollzugsanweisungen zur Verordnung vom 20. März die bisherigen Mißgriffe der Vollzugsorgane verhüten und die restlose Ausweisung der Ostjuden aus Bayern, soweit noch nicht geschehen, sicherstellen.

Die einschlägigen Polizeibehörden, Staatsanwaltschaften, haben unverzüglich die nötigen Ermittelungen zu pflegen, damit die auf unehrliche Weise erworbenen Vermögen den auszuweisenden Ostjuden, die bei ihrer Einwanderung vermögenslos waren, beschlagnahmt und den notleidenden deutschen Volksgenossen, den verarmten Kriegsheimkehrern durch besondere Vertrauenskommissionen zugewendet werden. Die gleichen Organe müßten die Verteilung beschlagnahmter Lebensmittel- und Warenvorräte aus den Wohnungen der Ostjuden unter die hungernde deutsche Bevölkerung regeln. Die freiwerdenden Wohnungen sind den Kriegsheimkehrern nach vorheriger Säuberung zuzuweisen.

Die Reichs- und Landesbehörden weisen wir, da die ostjüdische Überschwemmung zahlreiche Deutsche in ihrer Existenz, Gesundheit und sonstigen Rechten bedroht, auf unser Recht zur Selbsthilfe und Nothilfe zugunsten der bedrohten deutschen Volksgenossen hin. Wir werden in strenger Wahrnehmung des Rechtsbodens gegebenenfalls von allen Rechten der Notwehr und des Notstandes Gebrauch machen.

An der Diskussion beteiligten sich noch einige Redner aus werktätigen Kreisen, die im Sinne des Referenten ermahnten, alle Kräfte zum Aufbau unseres deutschen Vaterlandes anzuspannen, was begeisterten Widerhall weckte. Ein als redselig bekannter, der U. S. P. angehörender Redner machte den Versuch, einen antideutschen Standpunkt in der Versammlung einzunehmen, hatte aber nicht viel Glück damit, sondern begegnete mit Recht stürmischem Widerspruch, so daß der Vorsitzende alle Mühe hatte, die Ruhe wiederherzustellen. Wir können dem Manne nur raten, sich endlich von seinem internationalen Wahne zu befreien, denn nur dann wird er die Kraft und Freude finden, unserm deutschen Volke zu seinem Rechte mitzuverhelfen.

Es wurde schließlich noch ein merkwürdiger Fall erzählt. Eine hiesige jüdische Firma setzte einen bei ihr bereits seit 10 Jahren beschäftigten Arbeiter, als er eine berechtigte Lohnerhöhung forderte, kurzerhand auf die Straße; erst, als sich ein dem Schutz- und Trutzbund angehörender Kollege bei der Erwerbslosenfürsorge für ihn einsetzte, sah sich die noble Firma veranlaßt, ihm einen Betrag für die verdienstlosen Wochen zu bezahlen. Der Vorsitzende rief zu einer Sammlung für den Geschädigten auf, welche den Betrag von über M. 300.— ergab, der dem sichtlich darüber Erfreuten ausgehändigt wurde. Werden die hiesigen und anderen sozialdemokratischen Zeitungen ihren Lesern immer noch vormachen wollen, daß der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund ein reaktionärer Bund ist?

Salzburger Volksabstimmung über den Anschluß Österreichs an Deutschland.

Allüberall in der Bevölkerung wird vom Anschluß gesprochen und derselbe mit aller Inbrunst herbeigesehnt; jeder einzelne hegt die Sehnsucht, jede Zeitung und jede Partei vertritt diesen Standpunkt; die provisorische Nationalversammlung hat sich in diesem Sinne ausgesprochen — und nichts geschieht. Unser armes Klein-Österreich, der fruchtbarsten und mit Naturschätzen, Industrie und Fremdenverkehr ausgestatteten Teile unseres ehemaligen Österreich beraubt, ist allein nicht lebensfähig. Gegenwärtig besteht noch der Widerstand des Vielverbandes, doch dieser Widerstand wird allmählich immer schwächer und er wird verschwinden, wann festgestellt sein wird, daß der Anschluß nicht etwa der Wunsch bloß einzelner führender Leute oder einzelner Parteien, sondern die Sehnsucht und der Herzenswunsch unseres ganzen Volkes ist. In anderen Randgebieten deutschen Volkstums finden, und zwar über Anordnung des Vielverbandes, Volksabstimmungen statt. Auch der Anschluß Österreichs wird ohne eine solche nicht geschehen. Unsere Staatsregierung greift dermalen begreiflicherweise diesbezüglich nicht ein. Aber irgendjemand muß dazu den Anfang machen, und wer wäre dazu berufener als gerade Salzburg, das schon infolge seiner Lage hart an der Grenze seit jeher von allen Städten Österreichs den engsten Zusammenhang mit Deutschland hatte. Die Kosten einer Volksabstimmung werden nie ausbleiben, denn einmal müßte eine solche doch sicher kommen, und eine beschleunigtere Herbeiführung des Anschlusses wird diese Kosten reichlich aufwiegen. Wenn Salzburg mit einer Volksabstimmung vorangeht, so werden alle Gemeinden Österreichs diesem Beispiele folgen, und es wird dann aus dem gesamten Österreich das Ergebnis der Volksabstimmung vorliegen und seinen Eindruck auf den Vielverband nicht verfehlen.

Mit vorstehender Begründung stellte Gemeinderat Dr. Troyer, der Obmann der nationalsozialistischen Gemeinderatsgruppe, am 8. März in der Sitzung des Salzburger Gemeinderates den Dringlichkeitsantrag, der Gemeindrat möge grundsätzlich beschließen, nach Analogie der Salzburger Gemeinderatswahlordnung eine Volksabstimmung darüber durchzuführen, daß die Bevölkerung der Stadt Salzburg den Anschluß Österreichs an Deutschland mit aller Sehnsucht verlangt, und er möge das Amt beauftragen, die zur Durchführung der Volksabstimmung erforderlichen Anträge ehestens an den Gemeinderat zu erstatten. Der Dringlichkeitsantrag wurde von allen Parteien einstimmig ohne jede Wechselrede und mit Beifallskundgebungen angenommen.

Offener Brief
an den sozialdemokratischen Abgeordneten Ackermann.

Bezüglich der Märzvorgänge wurde in der Vollsitzung des Landtages vom 4. Mai von Ihrer Partei eine Interpellation eingebracht, bei deren Besprechung Sie einige Sätze vorbrachten, die vielen deutschdenkenden Volkgenossen ihrer Eigenart wegen sehr interessant sind und nicht unbemerkt verhallen sollen.

Sie fordern in Ihrer Rede „das sofortige Verschwinden der Zeitfreiwilligen. Es werde keine Ruhe in Bayern, bis diese Forderung erfüllt sei." Wenn nun tatsächlich in Bayern keine Ruhe werden sollte, wer ist denn daran schuld? Wer gibt denn keine Ruhe? Die „bösen Reaktionäre"? Man hat aber tatsächlich in den weitesten Volkskreisen das Gefühl, daß die Ruhestörer immer von links stammen, Ihre Partei und die Demokraten mit eingeschlossen als Schleppträger und Sprachrohr Alljudas, das uns natürlich so liebend gern völlig nackt und wehrlos sehen würde — mit Ihrer Hilfe!

Auf das, was Sie von der politischen Unreife der akademischen Jugend vorbringen, habe ich Ihnen zu erwidern: Die politisch unreifsten Elemente in unserem heutigen Staatsleben stellen Sie mit Ihresgleichen dar, weil Sie es über sich bringen, das Grundelement aller Staatspolitik, das für uns heute notwendiger ist als je, anzugreifen, zu leugnen, zu besudeln: die unvergleichliche Liebe des Deutschen zu seinem Vaterland und Volk, was in der Übersetzung: nationales Bewußtsein so schauerlich furchtbar Ihnen in die Ohren gellt und in die Glieder gefahren ist. Wohin uns aber Ihr und Ihrer Genossen vom jüdischen Zersetzungsgeist eingeflößter Idole der inneren und äußeren Politik gebracht haben, merken Sie das heute noch nicht, angesichts der neuen feindlichen Vergewaltigungsforderung, der Auflösung unserer Einwohnerwehren? Ich glaube es Ihnen, daß Ihnen die Einwohnerwehr heutiger Form nicht paßt, aber lächerlich ist die Behauptung, wir hätten nicht die Machtmittel der Entente (d. h. Frankreich) gegenüber, sie zu halten! Die wird sich hüten, mit Gewalt vorzugehen, und außerdem: Fällt heute in Süddeutschland die Einwohnerwehr, dann sind wir restlos preisgegeben dem Mord und Totschlag und Hunger, deren Heranzüchtung in den verhetzten radikalen Volksmassen ein Verdienst der Sozialdemokratie ist.

Daß Ihnen insbesondere Herr Polizeipräsident Pöhner so drückend im Magen liegt, verstehe ich von Ihrem und Ihrer Genossen Standpunkt aus ohne weiteres, weil nämlich dieser Mann genau weiß, wo er Vaterlandsliebe und Verstand zugleich im Herzen seiner Volksgenossen zu suchen hat (trotzdem er, wie es scheint, zuweilen einem Drucke der Semiten nachzugeben gezwungen ist. [Die Schriftleitung.]). Vielleicht darf ich hier ein Sprichwort einflechten: „Es sind die schlecht'sten Früchte nicht, woran die Wespen nagen!" Wobei ich nicht die Absicht habe, Sie, Herr Ackermann, etwa mit dem unangenehmen Tiere zu vergleichen, da ich sogar so weit gehe, anzunehmen, daß Sie nicht einmal wissen, wessen Gedankengang Sie in Ihren Ausführungen Worte leihen, es müßte denn sein, daß Sie selbst ein Jude wären. Wenn Sie sagen, Herr Pöhner beschütze liebevoll die Nationalisten, so muß ich in höflichster Form bitten, zur Vermeidung von Mißverständnissen in Ihren wie unseren Reihen, den Ausdruck „Nationalist" nicht etwa zu gebrauchen wie „Sozialist". Wir sind nicht „Nationalisten" wie Sie sich „Sozialist" bezeichnen mögen, sondern wir sind national denkende, fühlende und handelnde Männer, die ein ehrliches Fühlen und Verstehen für soziale, nicht aber sozialistische Kulturarbeit an unserem Staatsleben haben.

Wenn Sie nun aber gar sagen in Ihren Ausführungen, die Sozialdemokraten könnten der Regierung auch nicht das geringste Maß von Vertrauen entgegenbringen, so zeigt das nur wieder, daß die Sozialdemokraten eben politisch so unreif sind wie nur irgend möglich; denn würden sie, vorausgesetzt, daß sie sich überhaupt zu dem Bewußtsein nationaler Ehre und Gesinnung als **Deutsche** aufschwingen würden, Vertrauen der Regierung von Kahr entgegenbringen und nicht mit stets gelockerter Generalstreikparole im Lande herumfuchteln, dann würde es sich, zunächst in Bayern wenigstens, schon längst anständiger und — produktiver leben lassen. Wenn Sie aber das Vertrauen wirklich nicht aufbringen können, dann müssen Sie's halt bleiben lassen so lange, bis Ihren Wählern eines Tages die Augen ganz bedeutend darüber aufgehen, daß sie von ihren Führern schamlos genasführt worden sind.

Die Aufregung darüber, daß der „Miesbacher Anzeiger" den Reichswehrabbauminister Dr. Geßler einen reinrassigen Schw........ (Pfuirufe bei den „Demokraten") genannt hat, verstehe ich Ihrerseits wieder ausgezeichnet, und es mag **Ihnen** unverständlich sein, daß ich und Millionen Volksgenossen eigentlich ein merkwürdiges Gefallen finden an der „harten Aussprache" des prächtigen „Miesbachers".

Vielleicht interessiert Sie, **wie** verschieden manchmal die Auffassung über eine „Rede" sein kann, darum wollte ich Ihnen schreiben, und **nur** weil ich Ihre genaue Anschrift nicht weiß, will ich mit Hilfe „Ihres Leibblattes" meine Mitteilungen machen.

Ergebenst

Hansjörg Maurer.

Auch eine Wohnungszuweisung.

Das städtische Wohnungsamt München schreibt am 22. März an Herrn Joseph **Zauner**, Mechaniker in München: „Vom Wohnungsnachweis ist Ihnen am 12. dieses Monats im Hause Gunzenlothstraße 2 eine Wohnung zugewiesen worden, die Sie aber wegen ihrer Entfernung nicht gemietet haben. Der Wohnungsnachweis ist nach bester Möglichkeit bemüht, Ihnen mit Rücksicht auf die in Ihrem Schreiben vom 19. vorigen Monats geschilderten Verhältnisse, eine Wohnung zu verschaffen, obwohl noch ältere Gesuche vorliegen. Wenn es sich nicht ermöglichen läßt, eine Ihren Wünschen entsprechende Wohnung zuzuweisen, so liegt das daran, daß ein geeignetes Angebot nicht verfügbar ist. Wann auf eine weitere Zuweisung gerechnet werden kann, steht noch nicht fest und ist von den eingehenden Angeboten abhängig."

Herr Zauner hat darauf unter dem 26. März erwidert: „Es ist richtig, daß mir vom städtischen Wohnungsamt eine Wohnung zugewiesen wurde. Die Ablehnung der Wohnung hat aber seinen berechtigten Grund, da meine Arbeitsstelle (Augenklinik, Mathildenstraße) 1½ Wegstunden von der Wohnung entfernt ist. Meine Arbeit beginnt in einer Woche morgens um 4 Uhr, in einer anderen Woche endet sie nachts ½11 Uhr. Straßenbahnfahrgelegenheit ist zu diesen Zeiten nicht vorhanden. Außerdem ist der Mietpreis für diese Wohnung (2 Zimmer und Küche) mit 85 Mark monatlich zu hoch, wenn sie bedenken, daß ich wöchentlich 127 Mark verdiene und täglich 3 Stunden zur Arbeit gehen soll.

Und was noch besonders angenehm ist, die Partei, an deren Stelle ich treten soll, wohnt noch in der Wohnung. Wie soll ich die Partei aus der Wohnung entfernen?

Ich kann von der in meinem Schreiben vom 19. vorigen Monats abgegebenen Meinung nicht abkommen und bin der Überzeugung, daß bei einigermaßen festem Zugreifen (an geeignetem Platze) es dem Wohnungsamt unbedingt möglich ist, mir eine geeignete Wohnung zuzuweisen, die ich mieten kann, ohne mich wirtschaftlich zu ruinieren. In der sicheren Erwartung usw."

Dazu ist zu bemerken, daß Herr Zauner für eine Wohnung seit annähernd einem Jahre vorgemerkt ist. Wieviele Wohnungen sind schon durch das Wohnungsamt vermittelt worden, die sich leicht hätten in Kleinwohnungen aufteilen lassen. Z. B. die Wohnung Bergmannstraße 58/3. Diese Wohnung, 4 Zimmer, Küche, 2 Kammern und Bad ist einem Fräulein W., ledig, Röntgenassistentin, hier, zugewiesen worden. Weil die Wohnung jedenfalls dem Fräulein zu groß und zu teuer war (1600 Mark) hat sie ein Zimmerfräulein zu sich genommen. Es ist nicht verständlich, wie das Wohnungsamt dazu kommt, einem alleinstehenden Fräulein eine so große Wohnung zuzuweisen. Die Bergmannstraße gehört zu einem Stadtviertel, das viel von Arbeitern bewohnt wird. Mit geringen Unkosten hätten sich 2 Wohnungen aus dieser Wohnung machen lassen, die dann zu je 70 Mark hätten vermietet werden können. Aber wozu soll sich denn auch das Wohnungsamt zu Wohnungsteilungen bemühen. Der Schutz des heiligen Bürokratius kann nicht mehr angerufen werden. Er hat sich inzwischen in Salomon umtaufen lassen und hört jetzt nicht mehr auf den alten Anruf; er hat zuviel mit Geld-, Valuta-, Schieber- und anderen Angelegenheiten zu tun.

Damit wir es nicht übersehen, in der Bergmannstraße 58/2, in demselben Hause, wohnt ein Kaufmann H. F., verheiratet, kinderlos, nur sein Bruder wohnt bei ihm und das Dienstmädchen. Vorgemerkt wurde er auf eine Wohnung am 9. Oktober 1919, zugewiesen erhielt er sie am 3. März 1920, also immerhin schon nach 5 Monaten. Die Wohnung hat 5 Zimmer, Küche, 2 Kammern und Bad, und kostet 1600 Mark. Vorher wohnte er am Heimeranplatz 2/1 bei Balli.

Auch diese Wohnung, Bergmannstraße 58/2, hätte in 2 Wohnungen aufgeteilt werden können, so daß die einzelne Wohnung auf etwa 70 Mark monatlich zu stehen käme. Aber das geht eben immer nicht. Warum? Darum, alberner christlicher Deutscher!

Unterm Scheinwerfer.

Volksfreunde.

Die übliche Reklame für die allein wahren und echten Volksfreunde macht wieder die Runde durch die formlosen Zeitungen. Unter der Spitzmarke „Eine interessante kleine Anfrage" wird erzählt: „Die Abgeordneten der Nationalversammlung Davidsohn, Katzenstein, Löbe, Wissell, Sollmann, Kunert, Wurm und Gach haben folgende kleine Anfrage an die Regierung gerichtet: Am 17. d. M. teilte der Reichswirtschaftsminister einem Brauereiinteressenten schriftlich mit, es sei angeordnet, daß den Brauereien ‚wiederum eine beträchtliche Gerstenmenge geliefert wird?' Ist der Reichsregierung diese Zusage bekannt? Hält sie deren Einlösung angesichts der schwierigen Ernährungslage des deutschen Volkes für zulässig?"

Diese Anfrage ist allerdings sehr „interessant". Ob die den Brauereien zugestandene Gerstenmenge verantwortet werden kann oder nicht, steht hier nicht in Rede. Auch nicht, daß selbstverständlich aus Rücksicht auf die Dividenden der Aktionäre keine Gerste geliefert zu werden braucht. Es soll auch nicht gefragt werden, was die Brauereiarbeiter sagen, wenn die Brauereien stillgelegt werden müssen. Und endlich nicht, was sich der Satan davon verspricht, wenn dann neue Tausende von Arbeitern in Not, Verzweiflung, Haß und Wut getrieben werden. Aber: Wegen der jüdischen **Mazzes**-Versorgung, wegen der koscheren **Butter** in Karlsruhe, wegen der koscheren **Milch** in München, wegen des jüdischen **Schmarotzertums** in deutschen Bade- und Gebirgsorten, wegen der jüdischen **Getreide**schiebungen ins Ausland hielten Davidsohn, Katzenstein, Wurm und Genossen eine „interessante kleine Anfrage" „angesichts der schwierigen Ernährungslage des deutschen Volkes" wohl nicht „für zulässig?" Kr.

Ursachen des Schrottmangels.

Das „Industrieblatt" (erscheint in Stuttgart) bringt in Nr. 15 vom 13. April folgende Notiz:

„Vor kurzem wurde im Finanzausschuß der württembergischen Landesversammlung Kritik an den Schrottverkäufen des staatlichen Hüttenwerkes in Wasseralfingen geübt. Der dortige Schrott war an eine **Händlerfirma** verkauft und von dieser mit mehr als 25fachem Nutzen weiterveräußert worden. Das Vorgehen der Händlerfirma wurde öffentlich scharf kritisiert. Eigentlich aber sollte man ebenso scharfe Kritik am Staate selbst üben, denn der Staat hätte wissen müssen, daß unsere Industrie den Schrott mehr wie notwendig gehabt hätte. Die Werke stellen durchweg die Bedingung, daß für eine Roheisenlieferung das drei- bis vierfache des Gewichts an Schrott dagegen gegeben werden muß. Schrott ist aber keiner aufzutreiben, weil er in überaus großen Mengen in den Händlerlagern festliegt. Die Händler spekulieren mit dieser Ware. Sie wissen, daß durch die übergroße Nachfrage die Preise noch mehr in die Höhe gehen. Die Industrie dagegen erhält kein Eisen und sieht sich teilweise gezwungen, die Betriebe einzuschränken. Es entstehen Arbeitslose, die der Erwerbslosenfürsorge zur Last fallen. Wie vielen württembergischen Firmen hätte mit den 9000 Tonnen von Wasseralfingen ausgeholfen werden können! Dazuhin hätte sich die Einnahme des Staates, der den Schrott um 1 163 700 Mark abgab, sicherlich auch um ein 25faches vermehren lassen. Man muß sich bald fragen, will man so etwas nicht sehen, oder fehlt das notwendige Verständnis dafür?"

Wir bedauern nur, daß der Name der Händlerfirma nicht genannt wurde und daß sie von uns auch nicht in Erfahrung gebracht werden konnte. Aber diese Angelegenheit selbst beweist aufs neue die von uns immer wieder und wieder betonte Tatsache, daß die jetzigen Regierungen unfähig sind, den herrschenden Wucher zu bekämpfen. Die Folgerungen ergeben sich hieraus von selbst.

„Unsere Erholungsstätten.

In Sachsen ist es nicht besser als in Bayern. Ein Freund unseres Blattes sendet uns die Fremdenliste vom „Weißen Hirsch" bei Dresden vom 11. d. M. und bemerkt dazu: „Denken Sie aber nicht, diese enthalte in bezug auf die zugezogenen Juden einen außergewöhnlichen Hundertsatz. Denn so sieht **jede** derartige Liste aus.

Es ist genau dasselbe wie überall. Die schönsten, gesegnetsten Punkte, die ohne große Schwierigkeit zu erreichen sind, werden von diesen „Herrschaften" überflutet.

Wann lernen unsere Arbeiter, im Juden den gemeinschaftlichen Feind zu betrachten! Es wird noch ein großes Stück Arbeit kosten, bis es soweit ist. Nur Aufklärung hilft, unermüdliche Aufklärung."

Judenschutz durch die Arbeiter.

Daß die deutschen Arbeiter trotz bitterer Erfahrungen noch immer nicht von der Judenfreundschaft geheilt sind, zeigt nachstehende in den „Niederrheinischen Nachrichten" vom 28. März enthaltene Bekanntmachung des Hamborner Vollzugsrates. Sie ist zugleich ein indirekter Beweis dafür, daß die Aufstandsbewegung unter jüdischer Oberleitung stand. Der Wortlaut ist folgender:

Bekanntmachungen.

Die alldeutschen reaktionären Elemente haben es verstanden, mit lügenhaften Worten, Schriften und Plakaten die Volksseele zu vergiften. Sie senden gekaufte Hetzer unter die Arbeiter, um diese irre zu führen.

Genossen, hört nicht auf diese Lügen. Die reaktionären Elemente, welche wir jetzt zum zweiten Male aus dem Felde geschlagen haben, möchten euch gerne zu Pogromen gegen die Juden verleiten, um wieder im Trüben fischen zu können. Was ihnen bisher trotz aller Mühe nicht gelungen ist, wollen sie jetzt, wo die Volksseele erregt ist, durchführen.

Genossen, die Juden sind nicht Arbeiterfeinde, aber die, welche euch gegen die Juden aufwiegeln. Die Juden sind von jeher von dieser Richtung ebenso unterdrückt worden, wie die Arbeiter. Die böswillig verbreiteten Gerüchte, daß die Juden aus ihren Häusern auf die Arbeiter geschossen haben, und daß sie Maschinengewehre und Waffen in ihren Häusern verbergen, haben sich nach stattgefundenen scharfen Untersuchungen auch alle als unwahr erwiesen.

Die Wachtposten sind von hier aus angewiesen, mit aller Schärfe gegen Elemente vorzugehen, die sich dazu hinreißen lassen, den Kampf gegen die Juden mit solch schmutzigen Mitteln zu schüren; denn für uns steht es fest, daß die jüngsten Plünderungen zum größten Teil auf diese Machenschaften des Schutz- und Trutzbundes zurückzuführen sind, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Juden zu vernichten.

Hamborn, den 27. März 1920.

Der Vollzugsrat:
Heiling, Kahlmann, Pütz.

Schrönghamer-Heimdal
KAPITALISMUS
sein Wesen, seine Wirkung und seine Wandlung zum Wohlstande aller
Haas & Grabherr, Verlag, Augsburg
Preis M. 1.— und 10% Teuerungszuschlag, bei Mehrbezug billiger

Der seit einigen Jahren immer vordringlicher werdende Ruf nach Brechung der Diktatur des ewigen Juden, des Symbols des Kapitalismus und der Zinsknechtschaft, ertönt hier aufs neue. Schrönghamer-Heimdal ist einer der wohlbekannten Vorkämpfer dieser Befreiungsidee. Aber es gilt noch Hunderttausenden die Augen zu öffnen über die Wurzeln unseres Zeitübels, deren letzte, folgerichtige Konsequenz der Krieg und der drohende Bolschewismus sind.

Los von Juda!
Deutschland den Deutschen!
Alle deutschgeborenen Männer und Frauen müssen unablässig dem irregeleiteten Volke die Wahrheit über die inneren Ursachen des Zusammenbruches aufzeigen. Darum lest und verbreitet unsere Flugschriften:
Der Jude im Weltkriege
Der Jude in der Kriegswirtschaft
Der Jude und der Christ
(Ein Rabbiner über die Gojim)
Wir Deutschen müssen wieder vorwärts und aufwärts! Durch den Zusammenschluß im Deutschen Schutz- und Trutz-Bund wollen wir unserem Volke den Weg zu Deutschlands Erneuerung bereiten.
Zuschriften erbeten für München an die Ortsgruppe München, Von der Tannstr. 14. (Gau Südbayern).

Alte Geschäftsbücher, Zeitungen, Briefe, Zeitschriften, Akten, neue weiße Hadern, Rentuch,
Papier-Abfälle
kauft reell zu höchsten Preisen unter Garantie sofortig. Einstampfens
Münchener Papier- und Hadernsortier - Anstalt
Adolf von der Heiden
München
Oberanger 44
Fernsprecher Nr. 55585

Den Verkauf Ihres Anwesens
ganz gleich welcher Art und Größe
Immobilien-Verwertungs-Gesellschaft Fischler & Co.
München · Tel. 51519 · Preisingerstr. 10

FRANZ CINK
GÄRTNERPLATZ, TEL. 27884.
Bekannt beste Maßabteilung
Mäßige Preise
Fassonpreis f. Kostüme M. 300–350
Garantiert flotter Sitz

Münchener Nähstube
Theresienstraße 148 Ecke Schwindstraße **München** Nächst den Haltestellen 2, 7 und 17
Neuanfertigen und Ausbessern von Herren- und Damen-Wäsche.
Strumpferneuerung ohne lästige Naht. Anfertigung v. Hausschuhen.

Raucher
kaufen trotz Steuer noch billigst bei
Anton Luber
Tabakwarengroßhandl.
Corneliusstr. 11/I
Teleph. 27884 u. 12270.
Günstige Bezugsquelle für Wiederverkäufer!

Stempel-Bock
MÜNCHEN
Sendlinger Straße 16.
Stempelfabrik u. Gravieranstalt. Alle ordentl. Met.- u. Gummistempel, Siegel, Messing-, u. Emailschilder
Versand nach auswärts, Preisliste frei.

BÜRSTEN
für Haushalt, Gewerbe, Industrie in bestem Friedensmaterial
Andreas Wörle, München
Besen-, Bürsten- u. Pinselfabrik „Falkner"
Fabrik und Laden: Baaderstraße 1 am Isartor
Falkner

Talmud-Auszug
geb. M. 2.70.
Kleine Siegelmarken: Kauft nicht bei Juden. 100 M. 2.—, 500 M. 9.—; Agitationsblätter; Die neuen Herren, 10 Stck. 25 Pf., 100 Stck. M. 2.—; Judenpostkarten, 1 Dtz. M. 2.80; Judengegnerisches Wahlagitationsmaterial (Schriften, Flugblätter, Klebezettel usw.) zu 5, 10, 15 und 25 Mark liefert
Weimars Versandbuchhandlung (gegr. 1898) Berlin-Neukölln
Postscheck: Berlin 16467.

Hakenkreuz
Busennadeln, Petschafte, Schlipsnadeln, Broschen, Anhänger, Ketten,
echt versilbert und vergoldet, echt 900/000 und vergoldet. Große Auswahl. — Preisliste 20 Pf. — Porto 20 Pf. Versand gegen Nachnahme oder gegen Voreinsendung des Betrages auf Scheckkonto 12472.
Theodor Strumpf,
München, Schwindstr. 30, Teleph. 24010. / Berlin NW 5.

Borten
Spitzen, Schleier, Bänder
zu mäßigen Preisen.
Sophienstraße 1.

Werbt an allen Orten für den „Beobachter".

Erfolg im Leben
Man sende sogl. 10 Pf. für Werbeblatt u. Probeheft dem Schafferverlag C. Weinlieder, Bergedorf bei Hamburg.